

NATIONALES PROGRAMM  
GEGEN  
**ARMUT**

Konferenzbericht

# Nationale Konferenz gegen Armut

7. September 2018, Fabrikhalle 12, Bern



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

**SODK** – Konferenz der kantonalen  
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren  
**CDAS** – Conférence des directrices et directeurs  
cantonaux des affaires sociales  
**CDOS** – Conferenza delle direttrici e dei direttori  
cantionali delle opere sociali

Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere



Schweizerischer Gemeindeverband  
Association des Communes Suisses  
Associazione dei Comuni Svizzeri  
Associaziun da las Vischnancas Svizras

**CARITAS**

Schweiz  
Suisse  
Svizzera  
Svizra

## Impressum

### Das Nationale Programm gegen Armut

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden sowie Nicht-Regierungsorganisationen haben in den Jahren 2014 bis 2018 gemeinsam das Nationale Programm gegen Armut umgesetzt. Das Programm hat neue Grundlagen für die Armutsprävention erarbeitet, Beispiele guter Praxis identifiziert und zur Vernetzung der verantwortlichen Akteure beigetragen.

Weitere Informationen unter [www.gegenarmut.ch](http://www.gegenarmut.ch)

### Auskünfte

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV  
Nationales Programm gegen Armut  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

Email: [gegenarmut@bsv.admin.ch](mailto:gegenarmut@bsv.admin.ch)

### Redaktion

[ideja.ch](http://ideja.ch)

### Copyright

Bundesamt für Sozialversicherungen, 3003 Bern

Dezember 2018

# Inhaltsübersicht

|              |                                                                        |                |
|--------------|------------------------------------------------------------------------|----------------|
| <b>I.</b>    | <b>Einleitung</b>                                                      | <b>1</b>       |
| <b>II.</b>   | <b>Gedankenanstregungen aus Sicht armutsbetroffener Personen</b>       | <b>2</b>       |
|              | • Christian Vukasović, Armutsbetroffener aus Biel-Bienne               | 2              |
| <b>III.</b>  | <b>Armut und Armutsprävention aus Sicht des Bundes und der Kantone</b> | <b>3 – 4</b>   |
|              | • Alain Berset, Bundespräsident, Vorsteher EDI                         | 3              |
|              | • Pierre-Yves Maillard, Regierungsrat Kanton Waadt                     | 4              |
| <b>IV.</b>   | <b>Gemeinsame Erklärung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden</b>  | <b>5 – 7</b>   |
| <b>V.</b>    | <b>Podiumsdiskussion: Handlungsbedarf in der Armutsprävention</b>      | <b>8 – 9</b>   |
| <b>VI.</b>   | <b>Kontinuierliche Förderung von Bildungschancen</b>                   | <b>10</b>      |
| <b>VII.</b>  | <b>Programmabschluss und Ausblick</b>                                  | <b>11 – 13</b> |
|              | • Ludwig Gärtner, Vize-Direktor Bundesamt für Sozialversicherungen     | 11             |
|              | • Schlussworte der Programmpartner                                     | 12             |
|              | • Kunstaussstellung ATD Vierte Welt                                    | 13             |
| <b>VIII.</b> | <b>Workshops 1 bis 9</b>                                               | <b>14 – 33</b> |
|              | • WS 1 Kontinuierliche Bildungschancen                                 | 14             |
|              | • WS 2 Kommunale Strategien der frühen Förderung                       | 16             |
|              | • WS 3 Junge in der Sozialhilfe                                        | 19             |
|              | • WS 4 Grundkompetenzen und Qualifizierung Erwachsener                 | 21             |
|              | • WS 5 Soziale und berufliche Integration                              | 23             |
|              | • WS 6 Angebote der Wohnhilfe                                          | 26             |
|              | • WS 7 Familienarmut                                                   | 29             |
|              | • WS 8 Das Recht auf Beteiligung für alle verwirklichen                | 26             |
|              | • WS 9 Armutsbekämpfung aus der Sicht der direkt Betroffenen           | 33             |
| <b>IX.</b>   | <b>Gesamtbeurteilung der Konferenz durch die Teilnehmenden</b>         | <b>34</b>      |



## Einleitung

Die Konferenz vom 7. September 2018 versammelte über 200 Fachpersonen, Politiker/innen und Direktbetroffene aus allen Landesteilen in Bern, um die Schlussergebnisse des Nationalen Programms gegen Armut sowohl aus fachlicher wie aus politischer Perspektive zu diskutieren und eine Bilanz zu ziehen. Angeboten wurden Referate und Workshops zu den aktuellen Herausforderungen und Lösungsvorschlägen der Armutsprävention und -bekämpfung. Rund ein Fünftel der Teilnehmenden waren Armutsbetroffene und Repräsentant/-innen von Betroffenenorganisationen.

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden sowie Nicht-Regierungsorganisationen haben in den Jahren 2014 bis 2018 das Nationale Programm gegen Armut gemeinsam umgesetzt. Das Programm hat neue Grundlagen für die Armutsprävention erarbeitet, Beispiele guter Praxis identifiziert und zur Vernetzung der verantwortlichen Akteure beigetragen. Bereits im April 2018 hat der Bundesrat den Bericht zu den Ergebnissen des Programms vorgelegt, welches sich aus seiner Sicht bewährt hat. An der nationalen Konferenz bekräftigten Bund, Kantone, Städte und Gemeinden in einer gemeinsamen Erklärung ihren Willen, die aktive Zusammenarbeit im Rahmen der neuen Nationalen Plattform gegen Armut von 2019 bis 2024 fortzusetzen.

Auf den folgenden Seiten finden Sie Zusammenfassungen der Gedankenanstörungen seitens armutsbetroffener Menschen, der Referate, der Podiumsdiskussion und sämtlicher Workshops, ebenso die Gemeinsame Erklärung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden im Wortlaut. Das Dokument schliesst mit einer Gesamtbeurteilung der Konferenz durch die Teilnehmenden.

[Auf der Website des Nationalen Programms gegen Armut](#) finden Sie das Programm der Konferenz, alle vorhandenen Präsentationen (insbesondere der Workshops), die Fotos (siehe Galerie) und Sie erhalten einen Überblick auf die Medienberichterstattung.



Foto: Karl-Heinz Hug

## Christian Vukasović

**Armutsbetroffener aus Biel-Bienne, Gründer der Bewegung «Du stimmst tel que tu es»**

### «Partizipation ist für Betroffene sehr wichtig»

Christian Vukasović präsentiert Gedankenanstregungen zur Armutsprävention. Er spricht aus eigener Erfahrung: Herr Vukasović wird von der Sozialhilfe unterstützt, engagiert sich in der kirchlichen Gassenarbeit in Biel und hat die Organisation «Du stimmst tel que tu es» ins Leben gerufen. Diese betreut Projekte von und mit Armutsbetroffenen.

Herr Vukasović betont, dass Partizipation sehr wichtig sei. Was den Betroffenen aber fehle, seien verbindliche Strategien und Massnahmen, die man gemeinsam entwickeln und umsetzen könne. Es seien soziale Bedingungen zu schaffen, die Armut gar nicht erst entstehen lassen. Dabei ist einerseits die frühe Erkennung von gefährdeten Familien zentral, andererseits sollen junge Erwachsene die Möglichkeit haben, verpasstes Wissen nachzuholen und Bildungslücken zu schliessen um einen sicheren Weg ins Berufsleben zu finden. Denn zu viele Menschen zwischen 18 und 25 Jahren würden durch die Maschen fallen und auf dem Sozialamt landen: «Was können wir gemeinsam tun, damit die Privatwirtschaft vermehrt in die Verantwortung einbezogen wird?»

Als Denkanstoss stellt Christian Vukasović die Frage in den Raum: «Was macht die Schweiz eigentlich aus? Wir sind weltbekannt für Humanität und Innovation – also für soziales Denken und für das Frische, das Clevere. Warum nicht auch gegenüber Armutsbetroffenen?»

[> Rede von Christian Vukasović](#)



Foto: Karl-Heinz Hug

## Alain Berset

**Bundespräsident und Vorsteher Eidgenössisches Departement des Innern**

### **«Ohne Sozialleistungen wären in der Schweiz heute vier- bis fünfmal mehr Menschen von Armut betroffen»**

Bundespräsident Alain Berset betont in seiner Rede, dass Armut jeden und jede treffen kann und unser System der sozialen Sicherheit deshalb von hoher Bedeutung ist. Ohne die verschiedenen Sozialleistungen wären heute bis zu 30 Prozent der Menschen in der Schweiz von Armut betroffen und nicht rund sieben Prozent.

Alain Berset streicht hervor, dass auch dies zu hoch sei, da es nicht akzeptabel ist, dass in der Schweiz Menschen in Armut leben. Armutsbetroffene Menschen sollten angemessen unterstützt sowie sozial und beruflich integriert werden. Kinder armutsbetroffener Familien müssten die gleichen Chancen haben wie ihre Altersgenossen, sie sollen ihre Talente gleichermassen ausschöpfen können.

Aus Sicht des Bundes hat die externe Evaluation des Nationalen Programms gegen Armut ein positives Bild gezeigt. Es sei gelungen, das Wissen über Armutsursachen zu vertiefen. Das Programm habe erlaubt, die Zusammenarbeit aller Akteure zu verstärken, gute Lösungsansätze zur Armutsprävention zu identifizieren und zu verbreiten. Ein wichtiger, wenn auch nicht immer erfüllter Anspruch sei der Einbezug der Direktbetroffenen gewesen. Bundespräsident Alain Berset bedankt sich speziell bei den von Armut betroffenen Menschen, welche die Konferenz mitgestaltet haben.

Entscheidend sei, dass nun das gemeinsame Engagement fortgesetzt wird und Kantone, Städte und Gemeinden, die ganz wesentlich zum Erfolg des Programms beigetragen haben, die Empfehlungen des Programms prüfen und umsetzen. Mit der Nationalen Plattform gegen Armut werde der Bund sie in den nächsten fünf Jahren unterstützen. Die Plattform soll weiterhin den Wissensaustausch und die Vernetzung fördern.



Foto: Karl-Heinz Hug



## Pierre-Yves Maillard

**Regierungsrat Kanton Waadt und Vorstand Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK**

### **«Sozialpolitik darf sich nicht auf die Unterstützung von Personen ohne Einkommen beschränken»**

Regierungsrat Pierre-Yves Maillard sieht angesichts des aktuellen Anteils Armutsbetroffener an der Gesamtbevölkerung nach wie vor auch auf Stufe Bund Handlungsbedarf, zumindest für Koordinationsleistungen. Für ihn ist insbesondere die hohe Zahl von schweizweit rund 400'000 Working Poor alarmierend: Es gebe zu viele nicht existenzsichernde Löhne und dieses Problem sei mit Sozialhilfe allein nicht lösbar. Vielmehr brauche es hier gemeinsame Anstrengungen der Öffentlichen Hand, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. Maillard lobt die entsprechende Arbeit des Nationalen Programms gegen Armut und bedauert es, wenn diese nun nur noch in reduzierter Form weitergeführt werden kann.

Pierre-Yves Maillard präsentiert die Massnahmen des Kantons Waadt in der Armutsprävention und Armutsbekämpfung. Die politisch mehrheitsfähige Massnahmenpalette seines Kantons umfasst unter anderem eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen, die Verbilligung der Krankenversicherungsprämien, die Ausrichtung von Familien-Ergänzungsleistungen, Überbrückungsrenten für stellenlose Personen sowie von der Wirtschaft mitfinanzierte zusätzliche Tagesbetreuungsplätze für Klein- und Vorschulkinder. Nebst den üblichen Sozialleistungen investiert die Waadt hiermit zusätzliche 700 Mio. CHF pro Jahr in die Prävention und Bekämpfung von Armut. Mit positivem Resultat: Die Sozialhilfequote im Kanton Waadt sinkt.

[> Präsentation von Pierre-Yves Maillard](#)



Foto: Karl-Heinz Hug

## Gemeinsame Erklärung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden

Mit einer gemeinsamen Erklärung bekräftigen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden ihren Willen, die aktive Zusammenarbeit im Rahmen der neuen Nationalen Plattform gegen Armut von 2019 bis 2024 fortzusetzen.



v.l.n.r: Bundespräsident Alain Berset, Regierungsrat Pierre-Yves Maillard, Gemeinderätin Franziska Teuscher und Ständerat Hannes Germann.

Foto: Karl-Heinz Hug



# Armutsprävention und -bekämpfung in der Schweiz

## Gemeinsame Erklärung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden

### 1. Einleitung

Zwischen 2014 und 2018 setzten Bund, Kantone, Städte, Gemeinden und private Organisationen gemeinsam das Nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut (Nationales Programm gegen Armut) um. Es hatte zum Ziel, das gesicherte Wissen zur Armutsprävention zu bündeln, Hilfestellungen zur Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen und Strategien zu geben, innovative Ansätze zu erproben, die Zusammenarbeit und den fachlichen Austausch der verschiedenen Akteure zu fördern.

### 2. Positive Bilanz nach fünf Jahren

Nach fünf Jahren ziehen die Partner des Nationalen Programms gegen Armut eine positive Bilanz: Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten, Gemeinden und Organisationen der Zivilgesellschaft hat sich bewährt. Wie die Programmevaluation belegt, wurden mit den ergriffenen Tätigkeiten sichtbare Ergebnisse erzielt: Das Programm hat während seiner Laufzeit fundierte Grundlagen zur Armutsprävention und -bekämpfung erarbeitet, Ansätze guter Praxis identifiziert und gefördert, die zuständigen Akteure vernetzt und regelmässig mit aktuellen Informationen versorgt. Die Programmpartner haben eine Multiplikatorenfunktion übernommen und auf eine Überprüfung und Weiterentwicklung der bestehenden Massnahmen in ihren Kreisen hingewirkt. Das Programm hat somit seine Ziele erreicht, die fachliche Debatte zur Armutsprävention intensiviert sowie zu einer Sensibilisierung der zentralen Akteure geführt.

### 3. Weiterführung von Massnahmen bis 2024

Das Nationale Programm gegen Armut hat in den letzten fünf Jahren wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der Armutsprävention gegeben. Der Problemdruck bleibt jedoch angesichts der aktuellen Armutsquote von 7.5% und des fortschreitenden Strukturwandels in der Wirtschaft hoch. In der Schweiz sind aktuell 615'000 Menschen von Einkommensarmut betroffen, davon 108'000 Kinder.<sup>1</sup> Es gilt deshalb die Anstrengungen zur Prävention und Bekämpfung von Armut weiterzuführen.

Die Sozialversicherungen sollen Armut verhindern. Dafür ist der Bund zuständig. Massnahmen zugunsten von Menschen, welche von Armut bedroht oder betroffen sind, liegen hauptsächlich in der Zuständigkeit von Kantonen und Gemeinden, weil bei Ihnen die Regelstrukturen der Sozialhilfe angesiedelt sind. Daneben haben viele weitere Politikbereiche einen Einfluss auf die Prävention und Bekämpfung von Armut, in welchen die Verantwortlichkeiten unterschiedlich geregelt sind. Nach den intensiven Aufbauarbeiten des Programms besteht die Rolle des Bundes in den nächsten fünf Jahren darin, die Kantone und Gemeinden bei der Umsetzung der Empfehlungen zu begleiten, bei Bedarf entsprechende Arbeitsgrundlagen in ausgewählten Themenbereichen bereitzustellen und die Akteure beim Austausch und bei der Vernetzung weiter zu unterstützen.

### 4. Handlungsbedarf und Schwerpunkte für die Jahre 2019 bis 2024

Gemäss den Empfehlungen des Nationalen Programms gegen Armut besteht der Bedarf, Massnahmen der Armutsprävention in folgenden Bereichen weiterzuentwickeln und auszubauen:

#### Handlungsfeld «Förderung von Bildungschancen»

- Die Förderung von Bildungschancen erfolgt ab dem Kleinkinderalter, in der Schule, während der Berufsbildung und im Erwachsenenalter. Verbesserungsbedarf besteht hinsichtlich dem Zugang, der Verfügbarkeit und der Abstimmung von Angeboten. Dabei ist wichtig, dass die Angebote in eine Gesamtstrategie der kontinuierlichen Förderung von Bildungschancen von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter eingebettet sind mit entsprechenden Begleitmassnahmen zur Lösung von sozialen Problemen.
- Ein Schwerpunkt soll in den nächsten fünf Jahren auf die Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen beim Einstieg in die Berufsbildung und den Arbeitsmarkt gelegt werden, durch die

<sup>1</sup> Gemäss Bundesamt für Statistik (Stand 2016). Online verfügbar unter [www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch)

Koordination und Abstimmung von Unterstützungsmassnahmen, die Früherkennung von Gefährdungen während der Schulzeit und die Sicherstellung einer angemessenen Begleitung.

- Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Unterstützung von armutsbetroffenen und -gefährdeten Erwachsenen bei der Verbesserung ihrer Grundkompetenzen und beruflichen Qualifikationen.

#### **Handlungsfeld «Soziale und berufliche Integration»**

- Soziale und berufliche Integration schützt nachhaltig vor Armut. Deshalb ist es zentral, dass vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Menschen integrierende Unterstützungsangebote erhalten, die Zusammenarbeit zwischen Sozialwerken und Unternehmen der sozialen und beruflichen Integration zielgerichtet ausgestaltet ist und Integrationsmassnahmen laufend an aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen angepasst werden.
- Ein Schwerpunkt soll in den nächsten fünf Jahren auf die Identifikation und Erprobung von Modellen zur sozialen Integration und zum Einbezug von armutsbetroffenen Menschen in die Konzeption, Umsetzung und Evaluation von Massnahmen der Armutsprävention und -bekämpfung gelegt werden.

#### **Handlungsfeld «Allgemeine Lebensbedingungen»**

- Weiter ist die Bereitstellung von Massnahmen wichtig, die auf ein förderndes und positives Lebensumfeld zielen und die allgemeine Lebenssituation verbessern. Dabei geht es vor allem um die Unterstützung von armutsbetroffenen Familien, die Wohnversorgung von armutsbetroffenen Menschen, die Bereitstellung von bedarfsgerechten niederschweligen Informations- und Beratungsangeboten sowie die Schuldenberatung und Schuldenprävention.
- Ein Schwerpunkt soll in den nächsten fünf Jahren auf die Identifikation und Bündelung von erfolgversprechenden Massnahmen zur gezielten Unterstützung von Kindern und Eltern aus armutsbetroffenen Familien gelegt werden.

### **5. Erklärung**

- Armut ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem, das die Zukunft der Betroffenen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Armutsprävention und -bekämpfung ist eine Querschnittsaufgabe, weil Armut viele Ursachen und Auswirkungen hat. Dabei ist darauf zu achten, dass Massnahmen wirksam und aufeinander abgestimmt sind.
- Die Umsetzung von Massnahmen zugunsten von Menschen, welche von Armut bedroht oder betroffen sind, liegt hauptsächlich in der Zuständigkeit der Kantone, Städte und Gemeinden, unter anderem im Rahmen der Sozialhilfe. Sie setzen die im Rahmen des Nationalen Programms gegen Armut formulierten Empfehlungen in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen um, indem sie bestehende Massnahmen überprüfen und weiterentwickeln.
- Der Bund übernimmt bis 2024 eine unterstützende Rolle. Er führt bestehende Plattformen für den Wissensaustausch und die Vernetzung weiter und beteiligt sich an der gemeinsamen Bearbeitung von ausgewählten Schwerpunktthemen.
- Bei der Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen der Armutsprävention stellen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden den angemessenen Einbezug von armutsbetroffenen Menschen sicher. Gleichzeitig verstärken sie die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.
- Bund, Kantone, Städte und Gemeinden evaluieren die Ergebnisse und Wirkung der gemeinsamen Aktivitäten und erstatten im Jahr 2024 Bericht.

Bern, 7.9.2018



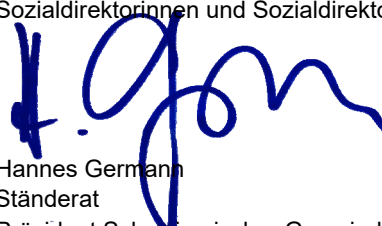
Alain Berset  
Bundespräsident  
Vorsteher des Eidg. Departement des Innern (EDI)



Franziska Teuscher  
Gemeinderätin Stadt Bern  
Schweizerischer Städteverband (SSV) und  
Vorstand Städteinitiative Sozialpolitik



Pierre-Yves Maillard  
Regierungsrat  
Vorstand der Konferenz der kantonalen  
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)



Hannes Germann  
Ständerat  
Präsident Schweizerischer Gemeindeverband (SGV)

## Podiumsdiskussion

### Handlungsbedarf in der Armutsprävention

#### Teilnehmende:

- **Pierre-Yves Maillard**, Regierungsrat Kanton Waadt und Vorstand SODK
- **Franziska Teuscher**, Gemeinderätin Stadt Bern und Vorstand Städteinitiative Sozialpolitik
- **Hannes Germann**, Ständerat Kanton Schaffhausen und Präsident Schweizerischer Gemeindeverband
- **Hugo Fasel**, Direktor Caritas Schweiz
- **Jürg Brechbühl**, Direktor Bundesamt für Sozialversicherungen

#### Moderation:

**Joëlle Beeler**, Radioredaktorin SRF

#### Zur Bilanz des Programms gegen Armut:

Jürg Brechbühl zeigt sich überzeugt, dass die vom Bundesrat gesprochenen Mittel gut eingesetzt, die Netzwerke der Armutsprävention gestärkt und situativ sozialpolitische Verbesserungen erreicht wurden, zum Beispiel im Bereich frühen Förderung. Auch Hugo Fasel attestiert dem Programm, wertvolle Grundlagenarbeit geleistet zu haben. Es sei neues Wissen über die Ursachen von Armut entstanden. Beide Vertreter der kommunalen Ebene ziehen eine ähnliche Bilanz: Die Armutsproblematik habe es heute überall – nicht nur in den sensibilisierten Städten – auf die politische Traktandenliste geschafft. Gerade in den Gemeinden sei das Bewusstsein geschärft worden, dass der untere Mittelstand rasch in die Armut abgleiten könne. Und insbesondere die von der Armutsfrage stark betroffenen grossen Städte sehen ihre Politik durch das Programm gegen Armut bestätigt, zum Beispiel im Bereich der frühen Förderung. Lob findet auch Pierre-Yves Maillard, bedauert aber die aus seiner Sicht unzureichende Ausstattung des Programms. Unser föderales System verlange geradezu, über Good Practice in der Armutsprävention zu berichten und sich besser zu vernetzen, um Widersprüche in der Sozialpolitik aufzudecken und zu beheben.

#### Zum bestehenden Handlungsbedarf:

Der Problemdruck bleibe hoch, erklärt Franziska Teuscher, um Armut zu verhindern, sei ein besseres Zusammengehen aller Politikbereiche auf allen Stufen nötig – vom Bund bis zur Gemeinde. Hugo Fasel ist der Meinung, es bedürfe weitere Anstrengungen, um das äusserst komplexe Phänomen Armut von A bis Z zu verstehen und entsprechend eingreifen zu können. Völlig unverständlich findet er daher den Entscheid des Bundesrates, das Programm gegen Armut nur in reduzierter Form fortzusetzen, womit sich der Bund quasi aus der Armuts politik verabschiede. Für Gemeinden sei es wichtig, betroffenen Menschen eine Anlaufstelle vor Ort anzubieten und so Unterstützung zu leisten, bekräftigt Hannes Germann: Damit reduziere sich die Gefahr einer künftigen Sozialhilfeabhängigkeit. Alle Teilnehmenden des Podiums sprechen sich für gemeinsam zu erarbeitende und integrale Lösungen aus, welche die Kosten nicht einfach von einer staatlichen Ebene zur nächsten schieben.



## Zum weiteren Vorgehen – Ideen für morgen:

Als Nationale Plattform gegen Armut werde das Engagement des Bundes in reduzierter Form weitergeführt, bestehende Wissenslücken sollen geschlossen werden. Hugo Fasel wünscht, dass der Bund mehr Verantwortung übernimmt: Es müsse auf Bundesebene einen Ort geben, wo die Armutsfrage verankert ist – der Bundesrat solle eine Armuts-Kommission einsetzen. In ähnlicher Weise plädiert Franziska Teuscher für eine nationale Armuts-Ombudsstelle. Und gute Beispiele sollen Schule machen, unterstreicht Pierre-Yves Maillard: Die Waadt sammle heute wertvolle Erfahrungen, indem bedürftigen Jugendlichen eher Ausbildungsstipendien als Sozialhilfebeiträge ausgerichtet werden.



Foto: Karl-Heinz Hug

## Kontinuierliche Förderung von Bildungschancen

**Doris Edelmann**, Professorin an der Pädagogischen Hochschule Bern und Leiterin des Instituts für Forschung, Entwicklung und Evaluation präsentiert das im Rahmen des Nationalen Programms gegen Armut erarbeitete Konzept der «Kontinuierlichen Bildungschancen».

Die Bildungsexpertin unterstreicht die Gültigkeit der Gleichung «mehr Bildung = weniger Armut». Sie spricht sich für altersgerechte Angebote unter Einbezug der unterschiedlichen Biografien der Menschen aus. Verstanden als individueller Prozess des Aufnehmens, Erschliessens und Einordnens von Erfahrung und Wissen erfolge Bildung über das ganze Leben – in verschiedenen Erfahrungszusammenhängen und in Abhängigkeit zur sozialen Lage.

Hervorgehoben sei an dieser Stelle die Empfehlung der Wissenschaft, Bildungsangebote gemeinsam mit Armutsbetroffenen und nicht über deren Köpfe hinweg zu entwickeln.



Foto: Karl-Heinz Hug

### [> Präsentation von Doris Edelmann](#)

Im Anschluss daran führt Moderatorin Joëlle Beeler mit **Mauro Dell'Ambrogio**, Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, ein Gespräch über Bildungschancen, den Bildungsstandort Schweiz und die Aktivitäten des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation.



Foto: Karl-Heinz Hug

## Programmabschluss und Ausblick (2019–2024)

Die heutige Konferenz habe gezeigt, dass fundierte Grundlagen für die Armutsprävention vorliegen und sich die Zusammenarbeit etabliert hat, so **Ludwig Gärtner**, Vize-Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV. In allen Handlungsfeldern bestehe der Bedarf, Massnahmen weiterzuführen und weiterzuentwickeln. Er fasst weiter zusammen: Armutsbekämpfung und -prävention ist das Zusammenspiel verschiedenster Massnahmen in vielen Lebens- und Politikfeldern, eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft. Die Arbeit ist auch geprägt durch politische Entscheide und Interessensgegensätze, welche die Lösungssuche erschweren können. Ludwig Gärtner erinnert daran, die bisherigen Programmpartner hätten mit dem Unterschreiben der Gemeinsamen Erklärung bekräftigt, dass sie weiterhin an einer Verbesserung der Armutsprävention und -bekämpfung arbeiten wollen.

Doch bei der Armutsprävention sei ein langer Atem notwendig, um spürbare Wirkungen zu erzielen. Der Bund verlängert sein Engagement mit allen bisherigen Akteuren, aber mit weniger Mitteln als bisher – das Programm wird zur Nationalen Plattform gegen Armut. Die Plattform wird bis 2024 drei Schwerpunkte bearbeiten.

- Bildungschancen: Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen, Verbesserung der Grundkompetenzen armutsbetroffener Menschen.
- Integration: Einbezug von armutsbetroffenen Menschen, erfolgreiche Partizipationsmodelle, niederschwellige unabhängige Rechtsberatung.
- Lebensbedingungen: Unterstützung von benachteiligten Familien.



Foto: Karl-Heinz Hug



## Schlussworte

In persönlich gefärbten Statements betonen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Programmpartner und einer Betroffenenorganisation einhellig die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Armut ohne Wenn und Aber fortzuführen.

- **Avji Sirmoglu**, Vorstand Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung
- **Remo Dörig**, stv. Generalsekretär Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
- **Renate Amstutz**, Direktorin Schweizerischer Städteverband
- **Claudia Hametner**, stv. Direktorin Schweizerischer Gemeindeverband
- **Bettina Fredrich**, Leiterin Fachstelle Sozialpolitik Caritas Schweiz

haben mit ihren Schlussworten das ungeschmälerte Engagement ihrer Organisationen bekräftigt.



Foto: Karl-Heinz Hug

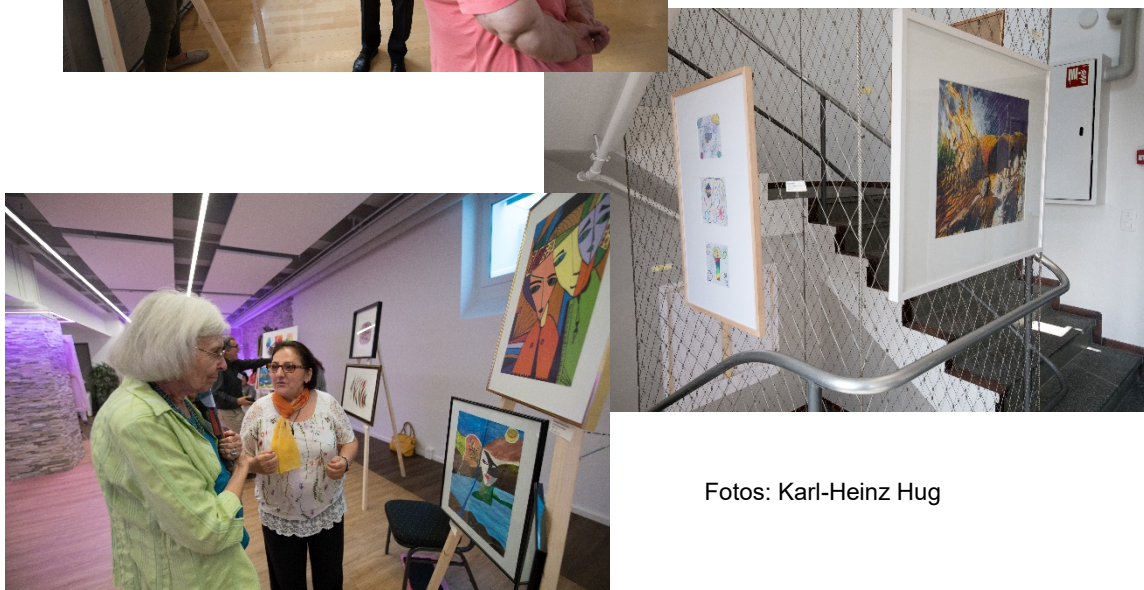
## Kunstaussstellung in den Konferenzräumen

Kunstgruppe der Bewegung ATD Vierte Welt

### «Wenn sich Farben befreien...»

Die Kunstgruppe der Bewegung ATD Vierte Welt stellte an der Konferenz Bilder von Künstlerinnen und Künstlern mit eigenen Armutserfahrungen aus. Die Aktion steht in der Tradition zu Joseph Wresinski, dem Gründer der Bewegung. «Das Recht auf Beteiligung für alle verwirklichen» war ein Leitmotiv von Père Joseph. Mit diesem Vorsatz organisierte er in Paris bereits Mitte des 20. Jahrhunderts Ausstellungen von und mit armen Kunstschaaffenden.

Die teils sehr eindrücklichen Bilder wurden von achtzehn Frauen und Männern aus dem Umfeld der Bewegung ATD Vierte Welt kreiert – mit sehr unterschiedlichen Techniken. Gezeigt werden sie an diversen weiteren Ausstellungsorten in der Schweiz. Die Konferenzteilnehmenden konnten die Werke in den Pausen besichtigen und sich dabei mit den Künstlerinnen und Künstlern austauschen. Auch Bundespräsident Alain Berset nahm einen interessierten Augenschein.



Fotos: Karl-Heinz Hug

## Workshop 1

# Kontinuierliche Bildungschancen – von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter

### Beschreibung

Ein Mittel zur Armutsprävention sind kontinuierliche und aufeinander abgestimmte Bildungsangebote: von der frühen Kindheit über die berufliche Einmündung bis zum Berufsabschluss. Zum einen können die Zielgruppen besser erreicht und allfällige Lücken geschlossen werden. Zum anderen wird sichergestellt, dass sozial benachteiligte Kinder, Jugendliche, ihre Eltern sowie Erwachsene bei Bedarf unterstützt werden.

Im Rahmen des Nationalen Programms gegen Armut wurde ein Konzept der kontinuierlichen Bildungschancen entwickelt: Wie lässt es sich in der Praxis umsetzen? Wo bestehen in der Schweiz Ansätze und Grundlagen für Netzwerke, die sich der kontinuierlichen Förderung von Bildungschancen von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter verschrieben haben? Wie funktionieren sie? Was sind ihre Erfolgsfaktoren? Diese Fragen wurden im Eingangsreferat reflektiert.

Die anschliessende Diskussion brachte Erkenntnisse darüber, welche Schritte die zuständigen Akteure unternehmen müssen, um Strategien zu definieren und umzusetzen – und welche Herausforderungen sich dabei stellen.

### Referentin

**Susanne Stern**, Leiterin Bereich Bildung und Familie, Forschungs- und Beratungsbüro INFRAS

Susanne Stern ist Co-Autorin des im Rahmen des Nationalen Programms gegen Armut erstellten Berichts «Ergebnisse aus den geförderten Projekten im Handlungsfeld Bildungschancen»

[Download Referat](#)

### Moderation

**Maria Ritter**, Fachspezialistin BSV

### Diskussion an den runden Tischen

#### Herausforderungen, Lücken, Handlungsbedarf:

- Herausforderungen bei den Bildungschancen bestehen unter anderem darin, dass die bestehenden Angebote nicht nur im Frühbereich, sondern verteilt über die diversen Altersgruppen bekannt gemacht und vermittelt werden. Der elf Jahre dauernden Schulzeit kommt besondere Bedeutung zu, wobei deren selektive Ausgestaltung als Hindernis für die Chancengleichheit wahrgenommen wird. In der Schule sollten innovative Ansätze möglich sein.
- Eine weitere Herausforderung stellt die Raumplanung dar. Sie ist für Kita, Kindergarten etc. massgebend, weil die Zuteilung anhand der Quartiere stattfindet. Durchmischte Quartiere würden auch die Durchmischung der Kinder fördern. Raumplanerische Anpassungen treffen bei den betroffenen Ämtern zwar auf Verständnis, können aber aufgrund gesetzlicher Vorgaben oft nicht umgesetzt werden.



- Handlungsbedarf besteht in der Tarifpolitik der frühen Förderung. Warum kosten die ersten vier Jahre? Die Schulzeit (inkl. Studium etc.) wird durch das Bildungsdepartement verantwortet und finanziert, doch die ersten vier Jahre sind nicht abgedeckt. Bildung sollte nicht mit Sozialhilfe bezahlt werden, weil dies stigmatisierend sein kann. Im Kanton Waadt erhalten Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung Stipendien statt Sozialhilfe, sie werden von einem Leistungserbringer aus dem Bildungswesen finanziert. Werden Leistungen mit «(Sozial-)Hilfe» betitelt, schreckt dies Betroffene ab. Bei einer neutralen Bezeichnung trifft dies nicht zu.

#### **Handlungsstrategien, Lösungsansätze, Erkenntnisse: Was braucht es um aktiv zu werden?**

- Eine Koordinationsstelle könnte die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren fördern, zudem Entlastung und Nutzen sowohl für die Anbietenden wie die Nachfragenden bringen. Idealerweise wird diese Stelle von der Gemeinde verantwortet und ist einfach zugänglich. Die Angebote sollten niederschwellig ausgestaltet sein, damit der Zugang ohne grosse Hindernisse gewährleistet ist.
- Eltern müssen in die verschiedenen Prozesse einbezogen sein, um insbesondere die Übergänge besser zu verstehen und mitzutragen. So stehen etwa beim Wechsel von der Kita in den Kindergarten diverse Veränderungen an.
- Familienpolitische Rahmenbedingungen wie beispielsweise familienfreundliche Arbeitszeiten oder die Elternzeit könnten Eltern stärken und das Angebotssystem entlasten: Auch weil es nicht unbedingt an Angeboten, sondern an Zeit mangelt.
- Good Practice sowie Forschungsergebnisse sollen in der Praxis vermehrt verbreitet werden.
- Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Kommunikation zwischen den Ämtern und die Vernetzung der unterschiedlichen Organisationsstrukturen verbessert werden müssen. Dasselbe gilt für die Kommunikation zwischen strategischer und operativer Ebene. Mit guter Vernetzung lassen sich eine gemeinsame Sprache und innovative Lösungen finden.

## Workshop 2

# Kommunale Strategien der frühen Förderung – Erfahrungen und Herausforderungen

### Beschreibung

Werden Kinder in ihrer Entwicklung früh gefördert und die Familien gezielt unterstützt, erhöhen sich die Chancen auf einen erfolgreichen Bildungs- und Berufsweg. Für Angebote an Vorschulkinder aus sozial benachteiligten Familien sind primär die Gemeinden zuständig: Wie gelingt es, Strategien und Massnahmen zur frühen Förderung (FF) regional vernetzt und bedürfnisorientiert umzusetzen?

Das Nationale Programm gegen Armut setzte gemeinsam mit dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) und in enger Kooperation mit dem Schweizerischen Städteverband (SSV) das Projekt «Die Gemeinden als strategische Plattform und Netzwerker der frühen Förderung» um. Ziel war es, die Gemeinden für das Thema FF zu sensibilisieren, diesbezügliche Erkenntnisse und Erfahrungen insbesondere der kleineren und mittleren Gemeinden abzuholen und sie bei der Entwicklung und Umsetzung von kommunalen FF-Strategien, Konzepten und Netzwerken zu unterstützen.

Nach einführenden Referaten haben die Workshop-Teilnehmenden im World Café Erfahrungen ausgetauscht sowie – u.a. auf Basis der Empfehlungen des SGV – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei der Erarbeitung von kommunalen FF-Strategien diskutiert.

### Referierende

- **Claudia Hametner**, stv. Direktorin SGV
- **Yves Weber** und **Christian Wilhelm**, Schweizerische Gesundheitsstiftung RADIX

[Gebündelte Präsentation der Referierenden](#)

### Moderation

**Yves Weber** und **Christian Wilhelm**

### Referate in Kürze

**Claudia Hametner** formuliert sieben Empfehlungen zur frühen Förderung in kleineren und mittleren Gemeinden:

1. Ziel und Zweck der FF ins Zentrum einer wirksamen, nachhaltigen Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik stellen
2. Kantonale FF-Strategien/Konzepte als Grundlage/Ausgangspunkt einbeziehen
3. FF strategisch und konzeptionell ausrichten
4. FF auf Ressourcen und Kompetenzen orientiert ausrichten
5. FF-Plattformen/Netzwerke innerhalb der Gemeinde sowie zwischen Gemeinde und Anbietern aufbauen und entwickeln
6. Vermittlungs-/Koordinationsstellen schaffen und bekannt machen
7. Sich über die Gemeinde hinaus regional vernetzen und austauschen.

**Yves Weber** und **Christian Wilhelm** berichten über die regional durchgeführten Seminare.

**Durchführung:**

- 3 Seminare in der D-CH, 2 Seminare in der CH-R, 1 Seminar im TI
- Total 328 Teilnehmende aus Exekutiven und Verwaltungen sowie Fachpersonen aus Gemeinden.

**Erfahrungen (erwartete und unerwartete):**

- Grosse sprachregionale Unterschiede. Ging es in der D-CH vorab um Strategie- und Umsetzungsfragen, standen in der CH-R das Angebotsdesign und die Steuerung der Angebote im Vordergrund.
- Steigende Akzeptanz für FF, aber unterschiedliche Herangehensweisen und Strategien feststellbar
- Wichtig sind Schlüsselpersonen
- Interkommunale Vernetzung hat grosses Potenzial für kleine und mittlere Gemeinden.

**Erkenntnisse (zum guten Gelingen):**

- Bestehende Instrumente nutzen und adaptieren
- Pragmatische Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Betroffenen
- Vernetzung und Kooperation verschiedener Akteure aus der Praxis spielen eine entscheidende Rolle und geben der Forderung nach einer kommunalen Strategie mehr Gewicht.

**Einblicke ins World Café**

**Herausforderungen:**

- Gemeinden für ein ganzheitliches Denken rund um FF gewinnen
- Unklare Finanzierungsquellen bzw. mangelnde Finanzressourcen (Gemeinden sind auf Unterstützung von Bund und Kanton angewiesen)
- Auf kommunaler Ebene müssen Verbündete gefunden werden, damit das Engagement breit unterstützt und politisch verankert werden kann.

**Lücken:**

- Interpretationen des Begriffs FF vor allem sprachregional sehr unterschiedlich
- Kostenfrage bzw. Budgetdiskussion, Erfolg braucht politische Mehrheiten.

**Handlungsbedarf:**

- FF muss allen Kindern offenstehen, kann alle stimulieren (entsprechende Information)
- Nicht-stigmatisierende Umsetzung
- Alle involvierten Akteure vernetzen, den Schlüsselpersonen Raum geben
- FF politisch verankern, Unterstützung durch die Politik.

**Handlungsstrategien:**

- Zugang über konkrete Bedürfnisse
- Verantwortlichkeiten klar definieren (z.B. Gemeindegemeinschaft bilden).



**Lösungsansätze:**

- Politische Überzeugungsarbeit bei Skeptikern, FF ist dank Integrationseffekt eine mittelfristig kostengünstige Lösung, Mehrwert für alle
- Good Practice verbreiten – von Gemeinde zu Gemeinde, von Politikerin zu Politiker.

**Erkenntnisse:**

- Kommunales FF-Strategiepapier auf die Bedürfnisse der Familien/Kinder ausrichten
- Situationsanalyse und gemeinsames Verständnis helfen, das Thema nachhaltig und vernetzt anzugehen und Ressourcen gezielt einzusetzen
- Austauschgefässe für Gemeinden fördern (u.a. bessere Information über Unterstützungsangebote)
- FF dient dem Gemeinwesen in vielfältiger Weise (gut für alle), Negativ-Image bekämpfen (z.B. Vorurteil, FF diene «nur» sozial Randständigen).

**Was braucht's um aktiv zu werden?**

- Probleme erkennen, Bedürfnisse benennen, Nutzen aufzeigen, gesellschaftlichen Gewinn wollen
- Gemeinschaftssinn, Gemeinwohl als hohes Ziel, Werthaltung.

## Workshop 3

# Junge in der Sozialhilfe – Unterstützungsangebote und Handlungsbedarf

### Beschreibung

Junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren tragen ein überdurchschnittliches Sozialhilferisiko, wie die Zahlen der Sozialhilfestatistik zeigen. Probleme der Bildungs- und Berufsintegration gehören zu den wichtigsten Ursachen dafür.

Wie können junge Menschen mit Schwierigkeiten beim Einstieg in eine Ausbildung und ins Erwerbsleben besser unterstützt werden? Die im Rahmen des Nationalen Programms gegen Armut erstellte Studie «Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe» formuliert Empfehlungen zur Verbesserung und Koordination des Unterstützungsangebots und benennt den Handlungsbedarf auf Ebene der Kantone und Gemeinden.

Im Inputreferat wurden die zentralen Ergebnisse der Studie vorgestellt. In der anschliessenden Diskussion befassten sich die Teilnehmenden des Workshops eingehend mit Herausforderungen und Lösungswegen bei der Umsetzung von Strategien und Massnahmen zugunsten der jugendlichen Zielgruppe.

### Referentin

**Sabina Schmidlin**, Inhaberin Forschungs- und Beratungsbüro across concept GmbH

Sabina Schmidlin ist Co-Autorin der Studie «Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe»

[Download Referat](#)

### Moderation

**Thomas Vollmer**, Leiter Bereich Alter, Generationen und Gesellschaft BSV

### Diskussion an den runden Tischen

**Der Workshop bestätigt die in der Studie beschriebenen Herausforderungen:**

- Informationsdefizit / Zugangsbarrieren: Es ist teilweise schwierig das richtige Angebot zu finden (fehlende Information, mangelnde Kenntnis der Angebote, Sozialleistungen).
- Grundkompetenzen: Jugendliche haben teils Defizite bei den notwendigen Grundkompetenzen. Hier stellt sich die Frage, ob in der Schule nicht früher interveniert und die Unterstützung intensiviert werden könnte.
- Umgang mit komplexen Fällen: Die Einzelfälle sind oft sehr komplex (Probleme mit der Gesundheit oder in der Familie, fehlende Motivation). Erforderlich sind eine individuelle, intensive Unterstützung und ein langer Atem.
- Das Unterstützungssystem ist teilweise überfordert (Bildung, IV, ALV, Sozialhilfe). Es ist zu wenig flexibel, um auf komplexe Fälle angemessen einzugehen.
- Politischer Druck: Mit möglichst wenig Mitteln sollen rasch Lösungen her. Oft ist dies nicht möglich.

**Diskutiert werden verschiedene Handlungsstrategien und Lösungsansätze:**

- Passendes Angebot: Viele Jugendliche sind motiviert und möchten eine Ausbildung absolvieren. Die Zuweisung in ein passendes Unterstützungsangebot sollte sichergestellt sein.
- Früherkennung: Probleme sowie fehlende Grundkompetenzen könnten früher erkannt und «behandelt» werden. Die Rolle der Schule ist zu thematisieren. Erste Kantone haben die obligatorische Schulzeit auf 18 Jahre ausgeweitet. Sie wollen damit sicherstellen, dass alle Jugendlichen eine Anschlusslösung finden.
- Um eine bedarfsgerechte und – falls nötig – längerfristige Begleitung von Jugendlichen sicherzustellen, sind ein flächendeckendes Case Management und die Koordination der Angebote zentral.
- Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, die Sensibilisierung der Arbeitgeber und die Weiterführung von Unterstützungsmassnahmen sollten bei Bedarf auch nach dem Berufseinstieg sichergestellt sein.
- Zu prüfen sind ergänzende Lösungsansätze ausserhalb des professionellen Unterstützungssystems: z.B. Mentoring, Zusammenarbeit mit Freiwilligen, Peer-to-peer Einsätze, Zusammenarbeit mit der Familie.

## Workshop 4

# Grundkompetenzen und Qualifizierung Erwachsener – Schlüssel zur beruflichen Integration

## Beschreibung

In der Schweiz leben rund eine halbe Million 25- bis 64-Jährige ohne berufliche Qualifikation oder mit fehlenden Grundkompetenzen. Sie sind stark armutsgefährdet. Eine wichtige Voraussetzung für die soziale und berufliche Integration von Erwachsenen sind bedarfsgerechte Berufsbildungsangebote, welche die Grundkompetenzen fördern und eine berufliche Qualifikation ermöglichen.

Wie erhalten Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe Zugang zu Aus- und Weiterbildung? Ziel des Workshops war es, diesbezügliche Herausforderungen, Lücken und den Handlungsbedarf zu benennen sowie mögliche Handlungsstrategien und Lösungsansätze zusammenzutragen. Die in den Referaten vorgestellten Empfehlungen und Beispiele guter Praxis dienten als Input für die Diskussion. Am Workshop beteiligten sich rund 20 Fachpersonen aus Verbänden und Vereinen (u.a. SVEB, ATD Vierte Welt) sowie aus der Verwaltung (Bund, Kantone, Gemeinden).

## Referierende

- **Bettina Seebeck**, stv. Geschäftsführerin Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS, Leiterin Fachbereich Grundlagen
- **Roger Hochreutener**, Geschäftsführer Trägerverein Integrationsprojekte St. Gallen TISG, Gemeindepräsident Eggersriet SG

[Präsentation Bettina Seebeck](#)

[Präsentation Roger Hochreutener](#)

## Moderation

**Gisela Hochuli**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin BSV

## Diskussion im Workshop

### Herausforderungen, Lücken, Handlungsbedarf:

- Der Informationsbedarf ist gross, noch bestehen viele Unklarheiten – sowohl bezüglich Angeboten und Finanzierungsmöglichkeiten als auch bei der Kooperation der verschiedenen Akteure.
- Die Angebotspalette ist unübersichtlich: Was wird zur beruflichen Qualifikation und Förderung der Grundkompetenzen angeboten? Für welche Zielgruppen? Wer sind die Anbieter und wo sind sie zu finden?
- Die Fülle der Angebote wird unterschiedlich beurteilt: Für einige hat es genug Angebote, für andere zu wenig. In den Städten ist der Bedarf besser abgedeckt als teilweise in ländlichen Gebieten.
- Unklar ist auch, welche Stellen welche Inhalte anbieten sollen (BIZ, Sozialdienst, IV, RAV etc.). Potentialabklärungen und Beratungen sollten institutionalisiert und von den Fachleuten in den BIZ durchgeführt werden.
- In der Praxis bleibt die Finanzierung je nach Zielgruppe schwierig zu realisieren. Zwar besagt das Weiterbildungsgesetz, dass die Grundkompetenzen zu fördern sind und die Zuständigkeiten bei den Kantonen liegen. Auch beim Berufsabschluss für Erwachsene sind die



Finanzierungsgrundlagen gegeben. Für Menschen in der Sozialhilfe ist die Finanzierung jedoch sehr komplex, sie haben beispielsweise Anspruch auf arbeitsmarktliche Massnahmen der RAV. Fachpersonen sind gefordert, den Überblick über Ansprüche, Angebotspalette und Finanzierungsmöglichkeiten zu wahren.

- Eine besondere Herausforderung birgt die Berufsbildung für über 25-Jährige, da die Voraussetzungen ändern: So liegt z.B. die Altersobergrenze für ein Case Management bei 25 Jahren.

#### **Handlungsstrategien, Lösungsansätze, Erkenntnisse: Was braucht es um aktiv zu werden?**

- Die Angebote sollten hinsichtlich Wirkungen evaluiert, die gute Praxis aufgezeigt werden: zur Optimierung bestehender und Entwicklung neuer Angebote.
- Zwischen rascher und nachhaltiger beruflicher Integration existiert ein Spannungsfeld. Die Investition in Bildung braucht Zeit, damit erfolgt die Integration in den Arbeitsmarkt später, aber in der Regel nachhaltiger. Es sollte möglich sein, den Fokus fallspezifisch auf Bildung oder Erwerbsarbeit zu legen. Dies bedingt jedoch einen Paradigma-Wechsel in den verschiedenen Systemen (Sozialdienste, RAV etc.).
- Die Zusammenarbeit der diversen Stellen ist eine wichtige Bedingung für gutes Gelingen. Sie sollte gefördert und genutzt werden, was zu wenig systematisch geschieht: Zwischen Sozialdiensten und BIZ gibt es oft keine etablierte Zusammenarbeit, zwischen Sozialdiensten und RAV hingegen schon. Von Stelle zu Stelle sollen Zuständigkeiten und Abgrenzungen geklärt werden. Welche Rolle hat z.B. die ALV bezüglich Bildung?
- Als Beispiel einer gelungenen Zusammenarbeit gilt die «Pforte Arbeitsmarkt», ein Gemeinschaftsprojekt der IV-Stelle, des RAV und von zehn Gemeinden des Bezirks Kulm (AG). Es bewährt sich, wenn Gemeinden die berufliche Qualifikation von Erwachsenen gemeinsam als Projekt konzipieren, umsetzen und finanzieren (siehe auch TISG, Präsentation Hochreutener).
- Eine mögliche Übertragbarkeit des Integrationsprozesses geflüchteter Personen (wie z.B. durch TISG) auf Erwachsene – unabhängig ihres Aufenthaltsstatus – müsste genauer geprüft werden.
- Der Einbezug und die Verantwortung der Wirtschaft ist für die Workshop-Teilnehmenden sehr wichtig. Die Programme der Anbieter und die Abschlüsse müssen der Wirtschaft passen und von ihr anerkannt sein. Dies setzt voraus, dass die Unternehmen ihren Bedarf an qualifizierten Personen aktiv kundtun.
- Die Teilnehmenden wünschen sich eine stärkere Rolle des Bundes in Bezug auf die berufliche Qualifikation von Erwachsenen – gerade auch an der Schnittstelle zur Arbeitsintegration. Ein Knackpunkt bleibt die Zugänglichkeit für spezifische Gruppen. Die Bildungspolitik des SBFI ist an alle gerichtet, der Bund soll den Kantonen und Gemeinden Impulse geben.

## Workshop 5

# Soziale und berufliche Integration – Herausforderungen angesichts von Digitalisierung und Strukturwandel

### Beschreibung

Soziale und berufliche Integration schützt nachhaltig vor Armut. Integrierende Unterstützungsmassnahmen sind in der Armutsprävention daher zentral und waren einer der Forschungsschwerpunkte des Nationalen Programms. Die Digitalisierung und insbesondere die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarkts sind ein sehr aktuelles Thema. Im Rahmen des Workshops bildeten die damit – und in einem weiteren Sinn auch mit der sozialen und beruflichen Integration – verbundenen Herausforderungen sowie mögliche Lösungen und innovative Ansätze den Schwerpunkt der Diskussionen.

### Referentin, Referent

- **Joëlle Mathey**, Leiterin der Stiftung «Qualife», Genf
- **Maël Dif-Pradalier**, Forscher und Dozent im Bereich Soziale Arbeit an der Tessiner Fachhochschule SUPSI sowie Verantwortlicher des Certificate of advanced studies (CAS) «Spécialiste en insertion professionnelle» der Fachhochschule Westschweiz

### Moderation

**Julien Cattin**, Leiter des Sozialdienstes des Kantons Jura

### Zusammenfassung der Diskussion zwischen Joëlle Mathey und Maël Dif-Pradalier

Im ersten Teil des Workshops diskutierten die zwei geladenen Gäste über zentrale Fragen der sozialen und beruflichen Integration.

#### Welche Herausforderungen stellen sich armutsbetroffenen und -gefährdeten Personen aktuell bei der beruflichen Integration?

Die beiden Diskussionsteilnehmenden nennen den Arbeitsmarkt und das Zusammenspiel von Arbeitsmarkt und beruflicher Integration als grösste Hürde, insbesondere angesichts der damit verbundenen Veränderungen und Entwicklungen. Es gelte, die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen, der einerseits als Integrationsfaktor fungiere, zugleich aber auch eine ausgrenzende Wirkung habe. Ausgrenzend deshalb, weil eine hierarchische Auswahl «von oben her» erfolge und immer höhere Anforderungen an die Arbeitnehmenden gestellt würden. Oftmals sei die berufliche (Re-)Integration von Betroffenen nicht nachhaltig, sondern fragil, was ein Risiko darstelle. Die (Re-)Integration könne nach einiger Zeit scheitern, da insbesondere aufgrund des technologischen Fortschritts eine Selektion von Seiten der Arbeitgeber erfolge. Meist ziele die Integration auf den ersten Arbeitsmarkt, der selbst Auslöser für prekäre Verhältnisse und Ausgrenzung sei.

Paradoxerweise komme es auch bei Organisationen der sozialen und beruflichen Integration zu Ausgrenzung, da das Eingliederungspotenzial von Betroffenen basierend auf vordefinierten Kriterien und Zielgruppen ermittelt werde.

**Braucht es also für jede Zielgruppe (Jugendliche, ältere Menschen, Personen mit Migrationshintergrund) spezifische Unterstützungsmassnahmen?**

Gemäss Maël Dif-Pradalier kann eine optimale soziale und berufliche Integration nur durch die Anwendung beider Ansätze (Differenzierung und Nichtdifferenzierung der Zielgruppen) gewährleistet werden. Joëlle Mathey zufolge ist die Differenzierung, wie sie beispielsweise auch in der Stiftung «Qualife» existiert, vor allem auf die spezifischen Kompetenzen zurückzuführen, die für die Begleitung der verschiedenen, von der sozialen und beruflichen Ausgrenzung betroffenen Bevölkerungsgruppen erforderlich ist, die sich in ihren Bedürfnissen und Anforderungen unterscheiden. Maël Dif-Pradalier fügt an, dass die Differenzierung nach Zielgruppen auch mit der sogenannten sozialen Investition zusammenhängt. Dabei werde – basierend auf dem erwarteten «return on investment» – jeder Bevölkerungsgruppe eine andere Priorität beigemessen. So geniesse die Kategorie der unter 25-Jährigen beispielsweise Vorrang gegenüber anderen Personengruppen.

**Wie lässt sich die Diskrepanz zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarktes und den Bedürfnissen der sozialen und beruflichen Integration beseitigen?**

Maël Dif-Pradalier unterscheidet zwischen zwei Arten von Massnahmen:

- die «soft laws» umfassen Kommunikationstechniken, Austauschplattformen und den Erfahrungsaustausch
- mit den «hard laws» hingegen könne der Rahmen stärker oder weniger stark eingeschränkt werden. Als Beispiel führt er Frankreichs [Klauseln für soziale Integration](#) an: Öffentliche Aufträge gehen an Unternehmen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die auf die berufliche Integration zielen.

**Welche Herausforderungen kommen in den nächsten fünf bis zehn Jahren im Bereich der sozialen und beruflichen Integration auf uns zu, insbesondere angesichts der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaftswelt?**

Für Joëlle Mathey hängt die soziale und berufliche Integration vor allem von der Wirtschaftslage ab. Basierend auf ihren Erfahrungen aus Genf empfiehlt sie, bei den Soft Skills der vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen anzusetzen. Das Ziel dabei ist es, die Anpassungsfähigkeit zu fördern und bessere Sozialkompetenzen zu entwickeln, um den wechselnden Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen. Als Beispiel führt Joëlle Mathey das Programm «[Réalise](#)» an, das mit einer 6-monatigen Kurzausbildung in der IT-Codierung aktuell sehr gute Ergebnisse erzielt. Das Programm ist auf die Digitalisierung der Wirtschaft ausgerichtet und ermöglicht eine direkte, rasche und nachhaltige (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt.

Auch Maël Dif-Pradalier erachtet es als sinnvoll, durch die Schaffung gemeinsamer Ausbildungsstandards für verschiedene Wirtschaftszweige die allgemeinen Kompetenzen und die Berufserfahrung zu stärken. So können sich Erwerbslose einfacher und schneller in andere Wirtschaftszweige integrieren. Als Beispiel für eine zielgerichtete und innovative Praxis führt er die aus Frankreich stammenden [branchenübergreifenden Qualifikationszertifikate](#) an.

Spezifisch zur Digitalisierung meint Maël Dif-Pradalier, dass dieser Bereich das Potenzial hat, Arbeitsplätze sowohl zu vernichten als auch zu schaffen. Die neuen Arbeitsformen und der Einsatz von Robotern und Algorithmen für bestimmte Arbeiten führen zu atypischen und prekären Arbeitsverhältnissen, bei denen die Arbeitnehmenden sämtliche arbeitsbezogenen Risiken selbst zu tragen haben (Uber, Amazon usw.).

## **Zusammenfassungen der Diskussionsrunden:**

**An den Diskussionsrunden konnten sich die Teilnehmenden über eigene Erfahrungen aus der Praxis austauschen und Lösungsansätze formulieren.**

- Mehrere Herausforderungen der sozialen und beruflichen Integration wurden von mehreren Teilnehmenden genannt. Dazu gehört zum einen das Phänomen der digitalen Kluft, das direkt mit der Digitalisierung der Wirtschaft zusammenhängt und für Erwerbslose ein hohes Risiko dauerhafter Ausgrenzung darstellt.
- Als komplexe und grosse Herausforderung erweist sich auch, dass für die soziale und berufliche (Re-)Integration oftmals nicht genügend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Hier sind nachhaltige Lösungen gefragt.
- Eine weitere Herausforderung betrifft die Qualität und Kontinuität der Betreuung und Begleitung, die als zentrales Element für eine erfolgreiche (Re-)Integration genannt wird.
- Schliesslich sollten einige besonders ausgrenzungsgefährdete und -betroffene Zielgruppen stärker begleitet werden: Personen mit Migrationshintergrund und Mütter, die sich wieder in den Arbeitsmarkt integrieren möchten, nachdem sie einige Jahre lang Erziehungsaufgaben wahrgenommen haben.

**Die Workshopteilnehmenden haben die folgenden Elemente als mögliche Handlungsstrategien und Lösungsansätze identifiziert:**

- Stärker bei den Ressourcen der Erwerbslosen ansetzen statt versuchen, Lücken zu schliessen; die Logik umkehren und für eine nachhaltige (Re-)Integration von den individuellen Bedürfnissen ausgehen und eine individuelle Lösung schneiden, anstatt sich einzig den Gesetzen des Arbeitsmarktes zu unterwerfen
- Bei der (Re-)Integration die Arbeit mit und durch Peers intensivieren; Freiwilligenarbeit ist ein möglicher Ansatz, allerdings müssen Arbeit und Kompetenzen durch Umwandlung in stabile, bezahlte Arbeitsstellen anerkannt werden
- Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarkt verstärken und gemeinsam mit den Berufsverbänden spezifische Ansätze entwickeln, bestehende Instrumente wie Gesamtarbeitsverträge oder Labels nutzen
- In die Ausbildung und den Erwerb von Grund- und Sozialkompetenzen investieren, um das Risiko einer Arbeitsmarktausgrenzung zu senken
- Betroffene durch individuelle, spezialisierte Unterstützung langfristig begleiten, Engagement und Mut der Betroffenen anerkennen und dauerhafte, zuverlässige Anlaufstelle gewährleisten
- Bessere Anerkennung von im Ausland abgeschlossenen Ausbildungen und Diplomen sowie von nicht zertifizierten Kompetenzen



## Workshop 6

# Angebote der Wohnhilfe: Was können Kantone, Städte und Gemeinden tun?

### Beschreibung

Das Nationale Programm gegen Armut hat sich 2014 bis 2018 eingehend mit der Wohnversorgung und Wohnhilfe für armutsbetroffene und armutsgefährdete Menschen auseinandergesetzt. Mehrere Berichte mündeten in eine praxisorientierte Hilfestellung für Gemeinden, Städte und Kantone.

Vor diesem Hintergrund nahmen Fachleute und Betroffene im Workshop eine Lagebeurteilung vor und diskutierten den aktuellen Handlungsbedarf.

### Referentin

**Sarah Fuchs**, Projektleiterin Raum- und Standortentwicklung, EBP Schweiz

Sarah Fuchs ist Co-Autorin der Publikation «Wohnhilfe für sozial benachteiligte Haushalte – eine Hilfestellung»

[Download Referat](#)

### Moderation

**Philipp Dubach**, Sozialwissenschaftler BSV

### Diskussion an den runden Tischen

#### Herausforderungen, Lücken, Handlungsbedarf:

- In Übereinstimmung mit der im Rahmen des Programms erarbeiteten Studie zur Wohnversorgung werden im Workshop die hohen Wohnkosten als zentrales Problem der Wohnversorgung von armutsbetroffenen und -gefährdeten Menschen identifiziert. Von mehreren Seiten wird festgehalten, dass die Maximalbeträge für Wohnkosten in der Sozialhilfe und den Ergänzungsleistungen der Entwicklung der Mietpreise nur unzureichend Rechnung tragen. Daneben besteht aber auch das Problem der «Gammelwohnungen»: Qualitativ völlig ungenügende Wohnungen werden zu überhöhten Preisen angeboten, die sich aber gerade noch innerhalb der vorgegebenen Maximalbeträge bewegen.
- Nach Einschätzung der Teilnehmenden haben vor allem Personen mit Schulden (insbesondere Mietzinsbetreibung) oder Migrationshintergrund grosse Probleme bei der Suche nach einer angemessenen Wohnung. Staatliche Stellen stehen vor der Herausforderung, dass die Abläufe oft zu schwerfällig sind, um im Einzelfall zeitnah zu intervenieren. Auch sind gewisse Instrumente der Wohnhilfe für sie wenig geeignet (z.B. Solidarhaftung). Eine Wohnberatung wird für spezifische Zielgruppen als wichtig erachtet, kann aber wegen fehlender Ressourcen auf Ebene der einzelnen Gemeinde nur in begrenztem Umfang geleistet werden. Ähnliches gilt für Massnahmen zur Stärkung der Wohnkompetenz.
- Mit Sorge wird vor allem die Mietpreisentwicklung in städtischen Zentren beobachtet. Mehrere Teilnehmende verlangen nach stärkeren regulatorischen Eingriffen, um ausreichend günstigen Wohnraum sicherzustellen. Verdrängungseffekte hin zum ländlichen Raum werden aus Sicht der Betroffenen kritisch beurteilt: einerseits wegen des erschwerten Zugangs zu materiellen und

immateriellen Ressourcen (z.B. spezifische Anlauf- und Beratungsstellen, Einkaufsgelegenheiten wie Caritas-Läden), andererseits wegen der möglicherweise erhöhten Stigmatisierung.

### **Handlungsstrategien, Lösungsansätze, Erkenntnisse: Was braucht es um aktiv zu werden?**

Eine Mehrheit der Teilnehmenden kennt die vom Nationalen Programm publizierte Hilfestellung und beurteilt sie als informativ und nützlich. Als wichtige Lösungsansätze für eine angemessene Wohnversorgung von armutsbetroffenen Menschen werden folgende Punkte hervorgehoben:

- Möglichst niederschwelliger Zugang zur Wohnberatung und zu Stellen, welche direkten Zugang zu Wohnraum verschaffen
- Anlaufstelle für Vermietende
- Einbezug von Fachpersonen der Immobilienbranche, um Verständigungsschwierigkeiten und Vorurteile zwischen Sozialarbeitenden und Vermietenden zu reduzieren
- Budgetberatung als zentrales Element, da sich daraus oft ein Gesamtbild der (finanziellen) Lage des betroffenen Haushalts ergibt
- Präventives Handeln sowohl im Einzelfall (Stärkung von Wohnkompetenzen zur Vermeidung von Kündigungen) als auch auf kollektiver bzw. übergeordneter Ebene (z.B. Siedlungsarbeit bei Leerkündigungen)
- Bemühungen zur Verbesserung der Wohnsituation haben den positiven Nebeneffekt einer sehr nützlichen Vernetzung der verschiedenen Akteure im Sozialbereich
- Stärkere Vernetzung von Fachleuten der Wohnhilfe um Know-how zu teilen und Synergien zu erzielen (z.B. zur Entwicklung und Übersetzung von Informationsmaterial für Klientinnen und Klienten).

Zu diesem letzten Punkt machen Workshop-Teilnehmende den konkreten Vorschlag, eine nationale Austauschplattform für Anbieter und Fachleute im Bereich Wohnhilfe ins Leben zu rufen.

## Workshop 7

# Familienarmut: Gesamtheitliche Strategien zur Unterstützung von Familien entwickeln

### Beschreibung

Familien tragen ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Rund 100'000 Kinder und ihre Familien leben aktuell in Armut. Besonders gefährdet sind alleinerziehende Eltern, kinderreiche Familien und Eltern mit tiefen Qualifikationen. Städte und Gemeinden sind mit der Situation dieser Familien konfrontiert und müssen darauf reagieren.

Wie können Familien unterstützt werden? Die im Rahmen des Nationalen Programms gegen Armut verfasste Studie «Kommunale Strategien, Massnahmen und Leistungen zur Prävention und Bekämpfung von Familienarmut» formuliert Empfehlungen und bietet eine Checkliste für die Entwicklung einer ganzheitlichen Strategie gegen Familienarmut. Gestützt auf die Studie arbeitet Basel-Stadt derzeit eine kantonale Strategie gegen Familienarmut aus, welche auf einer umfassenden Bestandsaufnahme und Analyse der bestehenden Massnahmen und Strukturen beruht.

Nach einem Input über den laufenden Prozess in Basel-Stadt tauschten die Teilnehmenden im World Café ihre Erfahrungen aus. Sie benannten die Herausforderungen und zeigten Lösungsansätze auf.

### Referent

**Ruedi Illes**, Amtsleiter Sozialhilfe Kanton Basel-Stadt

[Download Referat](#)

### Moderation

**Gabriela Felder**, Programmverantwortliche Nationales Programm gegen Armut, BSV

### Diskussion an den runden Tischen

**Im Workshop werden Herausforderungen und Handlungsbedarf identifiziert – auf gesellschaftlicher, strategischer und struktureller Ebene sowie auf der Massnahmenebene:**

- Familienarmut ist dringend zu bekämpfen. Weil Ausgrenzung durch Armut sich besonders negativ auf die Kinder auswirkt. Es geht um mehr als die materielle Dimension. Armut schränkt alle Lebensbereiche ein. Entsprechend setzt eine wirkungsvolle Strategie auch in allen Lebensbereichen an.
- Gegenmassnahmen zur gesellschaftlichen Wahrnehmung von Armut treffen (z.B. Armut sei selbst verschuldet...). Damit mediales oder politisches Bashing von armen Menschen vermieden wird.
- Entwicklung und Umsetzung einer interdepartementalen, ganzheitlichen Strategie gegen Familienarmut. Sie soll alle für die Rahmenbedingungen der Familien relevanten Bereiche zusammenbringen (z.B. Wohnen, Arbeit, Betreuung etc.). Es ist herausfordernd, diese gemeinsame Perspektive über verschiedene Politikfelder hinweg zu erarbeiten, aber auch Voraussetzung um Familienarmut als Querschnittsaufgabe anzugehen.
- Besonderen Unterstützungsbedarf haben Working-Poor-Familien, junge Eltern ohne Berufsabschluss, Sans-Papiers sowie verschuldete Familien.

- Auf Massnahmenebene die strukturellen Gründe von Armut mitdenken (z.B. Arbeitsmarkt, Globalisierung, wirtschaftliche Entwicklung, Finanzen).
- Neben Betreuungsmassnahmen für Kinder gibt es auch Unterstützungsbedarf bei der Pflege der älteren Generation. Es kann speziell Familien in wirtschaftlich schwierigen Situationen rasch überfordern, sowohl Kinder als auch gebrechliche Eltern betreuen zu müssen.
- Erreichbarkeit und Zugang zu Unterstützungsangeboten sowie Schwelleneffekte der verschiedenen Systeme sind grosse Herausforderungen. Handlungsbedarf besteht bei familiennahen Organisationen (z.B. Schulen, Migrationsvereine). Engere Zusammenarbeit ist gefragt.

**Darauf basierend werden verschiedene Handlungsstrategien und Lösungsansätze diskutiert:**

- Was heisst es, in der Schweiz arm zu sein? Aufklärungsarbeit auf Ebene Verwaltung und Politik nötig.
- Strategische Gesamtperspektiven realisieren, die Wechselwirkungen aufzeigen (z.B. zwischen Bildung, Wirtschaft, Sozialwesen, Gesundheit) und geeignete wirtschaftliche Anreize fördern.
- Monitoring etablieren, welches armutsverschärfende Massnahmen und deren Auswirkungen auf Familien aufzeigt.

**Auch auf Massnahmenebene werden Lösungsansätze erörtert:**

- Bildung als Schlüssel zur Armutsprävention
  - für eine nachhaltige Existenzsicherung,
  - für die Gesundheitsförderung,
  - zur sprachlichen Integration (z.B. obligatorische frühe Sprachförderung).
- Weiterbildung auch für Benachteiligte sicherstellen
- Lehrkräfte sensibilisieren und Potenzial der Schulsozialarbeit stärker nutzen
- Vorgelagerte materielle Bedarfsleistungen wie Familien-EL weiter stärken und damit vermeiden, dass Familien aufgrund des Armutsrisikos «Kinder» Sozialhilfe benötigen.
- Bessere Erreichbarkeit von Familien durch
  - stärkere Zusammenarbeit mit Organisationen, die direkten Kontakt zu den Familien haben (z.B. Schulen, Migrationsvereine),
  - stärkeren Fokus auf Quartier- und Netzwerkarbeit – beide eröffnen beispielsweise einfachere Übergänge zwischen formaler und informeller Bildung.
- Anreizsysteme für die Berufsausbildung etablieren (z.B. für junge Mütter)
- Risiken für Jungunternehmer mindern (Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung)
- Ausbildungsfonds für benachteiligte Familien etablieren
- Soziale Integration stärken. Gemeinden erleichtern Zugänge zu Vereinen (z.B. Fussball, Musik), sie fördern die Quartierarbeit bzw. Quartiervereine insbesondere zur Entlastung von Working-Poor-Familien.
- Existenzsicherung dank bedarfsabhängigen Kinderzulagen, Mutterschaftsbeihilfen
- Ressourcenstärkung der Familien durch Beratungsstellen
- Familienzentren mit professionellen Strukturen für benachteiligte Familien aufbauen
- Zugang zu Wohnraum für Familien sicherstellen.



## Workshop 8

# Das Recht auf Beteiligung für alle verwirklichen

### Beschreibung

Partizipation ist ein Grundrecht unserer Gesellschaft. Es gilt für alle Menschen. Auch für diejenigen, die arm und ausgeschlossen sind. Faire Partizipation muss verschiedene Voraussetzungen erfüllen.

Der von der Bewegung ATD Vierte Welt organisierte Workshop lud einerseits zum Austausch ein zwischen armutsbetroffenen Menschen, sozialen Fachstellen und Organisationen sowie der Politik. Andererseits sollten die Teilnehmenden gemeinsame Überlegungen zu einer verbesserten Partizipation anstellen: Wie können wir in unserem Verantwortungsbereich – in unseren Institutionen – die Partizipation der armutsbetroffenen und ausgegrenzten Menschen planen und umsetzen? Was unternehmen wir, um deren Beteiligung sicherzustellen?

### Referent

**Eugen Brand**, ehemaliger Generalsekretär ATD Vierte Welt International

[Download Referat](#)

### Moderation

**Claude Hodel**, Mitarbeiter ATD Vierte Welt

### Referat in Kürze

- *Partizipation ist Kreation.* Es braucht die Farben, Formen, Erfahrungen, Kenntnisse, das Denken und die Stimme aller.
- *Partizipation ist eine ethische Frage.* Menschen, die Leid, Gewalt, Diskriminierung und Ausschluss erfahren, schöpfen erst dann Vertrauen in die Partizipation, wenn sie spüren, dass auch die Anderen Armut nicht nur verringern, sondern überwinden wollen.
- *Partizipation braucht politische Verankerung.* Im Manifest der Bewegung ATD Vierte Welt zuhanden der Armutskonferenz von 2016 ist festgehalten: «Partizipation ist ein Grundrecht und nicht ein gutgemeintes Geschenk für die Armen» Und in der Präambel der Bundesverfassung lesen wir: «... die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.»
- *Partizipation kostet Geld.* Damit Menschen in Armut und Leute aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Forschung gemeinsam innovative Projekte aufbauen können, müssen öffentliche und private Gelder freigemacht werden.
- *Partizipation und Manipulation.* Damit Partizipation nicht manipulativ sein kann, müssen wir an einer gegenseitig verständlichen Sprache arbeiten und uns fragen: Wie frei und unabhängig ist die Partizipation armutsbetroffener Menschen? Wir müssen unsere Handlungs- und Organisationsformen entsprechend neu ausrichten.
- *Partizipation ist Friedensarbeit.* Anlässlich einer Begegnung mit Mitgliedern von ATD Vierte Welt, die fürsorgliche Zwangsmassnahmen erlitten hatten, sagte Bundesrätin Sommaruga: «Eine Entschuldigung ist ein Versprechen. Nur gemeinsam können wir es verwirklichen.» Dies bedingt eine gemeinsame geschichtliche Aufarbeitung, die von Wahrheit über Vergebung zu Frieden führt.

## Diskussion im Workshop

Die Teilnehmenden des Workshops nennen wichtige Herausforderungen, Handlungsstrategien und Lösungsansätze für die Partizipation von Menschen in Armut:

- Partizipation ist Begegnung auf Augenhöhe, wo man spürt, dass man ernstgenommen wird und sein Bestes einbringen kann.
- Partizipation heisst sichtbare Zeichen von gegenseitigem Interesse setzen, heisst Zugehörigkeit und Bereitschaft von Geben und Nehmen.
- Partizipation ist eine Frage des Menschenbildes, der inneren Haltung und der gegenseitigen Akzeptanz.
- Es genügt nicht, zu sagen, wir haben einen Ort, der für alle offen ist.
- Die Erfahrung zeigt, dass wir Personen in sehr schwierigen Lebenssituationen so nicht erreichen. Dauerhaft auf Menschen an seiner Seite zählen zu können, ist ein Grundrecht. Ohne dieses bleibt «Partizipation für alle» ein leerer Wunsch.
- Partizipation braucht Zeit.
- Verschiedene Einrichtungen sind hierzulande bemüht, die Frage der Partizipation in die Praxis umzusetzen – zum Beispiel
  - Familiengruppenkonferenzen (Betroffene erarbeiten Lösungen),
  - PeerWork im Drogenbereich,
  - Austauscherrfahrten beim Strassenmagazin Surprise,
  - die Gassenarbeit Biel,
  - ATD Vierte Welt Schweiz.

## Workshop 9

### **Armutsbekämpfung aus der Sicht der direkt Betroffenen. Ansichten – Forderungen – Perspektiven**

#### **Beschreibung**

Der Workshop wurde von der Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung und dem Internetcafé Planet 13 organisiert.

Die Bekämpfung und Prävention von Armut wurde in diesem Workshop aus der Perspektive von armutsbetroffenen Menschen betrachtet. Die Sicht der direkt Betroffenen trägt zu einem tieferen Verständnis von Armut und zu einer zielgerichteten Armutsprävention und -bekämpfung bei.

Die Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung und das Internetcafé Planet 13 aus Basel haben Einsichten, Forderungen und Perspektiven bei armutsbetroffenen Menschen zusammengetragen und präsentierten diese Einblicke im Workshop.

Es referierte anschliessend Prof. Dr. Ueli Mäder zum Thema «Armut im Kontext von Reichtum»: In der Schweiz existiert Armut inmitten von viel Reichtum. Was bedeutet das für Betroffene und für den Umgang mit Armut? Wie hat sich Armut verändert und wie lässt sie sich bewältigen?

Im Workshop waren direkt Betroffene anwesend. Sie berichteten im dritten Teil des Workshops von eigenen Erfahrungen.

#### **Referate:**

- Referate **Avji Sirmoglu** und **Christoph Ditzler**, Vorstandsmitglieder der Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung und Mitbetreiber/innen des Internetcafés Planet 13

[Download Referat](#)

- **Prof. em. Dr. Ueli Mäder**, Soziologe Universität Basel, mit den Arbeitsschwerpunkten soziale Ungleichheit und Konfliktforschung

[Download Referat](#)

#### **Moderation:**

**Ueli Mäder**

#### **Diskussion:**

In der anschliessenden Diskussion sammelten die Teilnehmenden Anliegen und Forderungen in der Armutsprävention und -bekämpfung aus Sicht der Betroffenen. Ein zentrales Anliegen ist eine Anstellung im 1. Arbeitsmarkt, welche eine selbstständige Existenz ohne Abhängigkeiten ermöglicht. Schwierig an einer Armutssituation seien die fehlenden Perspektiven. Es lohne sich aber, sich zu wehren, auch wenn das viel Mut brauche.

**Die gesammelten Punkte und Anliegen wurden im anschliessenden Plenum der Konferenz kurz präsentiert:**

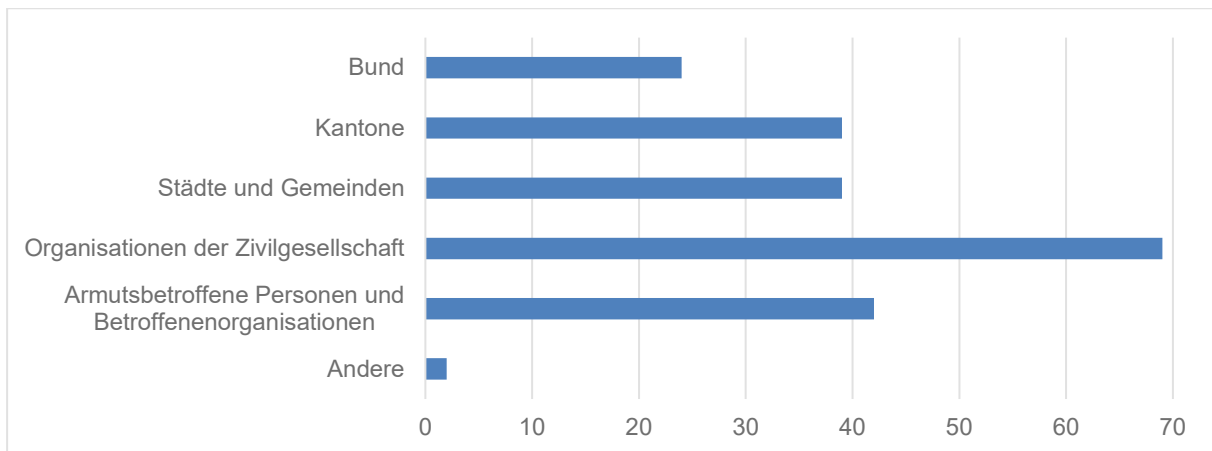
- Der Zugang zu Ausbildung für die Ärmsten, besonders auch für erwachsene Personen ohne Berufsabschluss (30 – 50 Jahre, 50+) sollte erleichtert werden; inkl. Möglichkeiten für Weiterbildungen und komplette Umschulungen (andere Berufe nach Marktlage und Fähigkeiten).
- Verantwortung für die Arbeitnehmenden, faire Entlohnung.

- Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens oder des Modells AEV (Allgemeine Arbeitsversicherung) oder die enge Bindung des Einkommens an die Erwerbsarbeit lockern, zumal diese nie allen zugänglich ist. Ausgeweitete EL könnten als garantiertes Mindesteinkommen (GME) in allen Lebenslagen eine Überbrückung ermöglichen.
- Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnen, die europäische Sozialcharta in der Schweiz ratifizieren.
- Ein besonderer Fokus soll auf die Rechte der armutsbetroffenen Kinder gelegt werden.
- Armut soll sichtbar gemacht werden, dies bedingt auch, dass über Armut gesprochen wird, dass armutsbetroffene Personen über sich sprechen.
- Die Armutsbetroffenen sollen sich in allen Gremien und Tagungen selber vertreten können. Sie sollen als Teilnehmende berücksichtigt, einbezogen und eingeladen werden.
- Sowohl von Seiten Behörden, Fachpersonen wie auch Betroffenen braucht es Solidarität und Aufklärung.
- Armutsbetroffene haben keine starke Lobby und trotz grossem Engagement keine breite und nachhaltige Unterstützung. Sie brauchen Koalition mit anderen, die ihre Anliegen unterstützen, und sollen als Gleichwertige akzeptiert und behandelt werden.
- Die Ergebnisse des Nationalen Programms gegen Armut sollen besser bekannt gemacht werden.

## Gesamtbeurteilung der Konferenz

Unter den Konferenzteilnehmenden wurde eine Zufriedenheitsumfrage durchgeführt. 42 % der Teilnehmenden haben den Fragebogen ausgefüllt. Die Ergebnisse zeigen ein positives Gesamtbild.

An der Konferenz wurden Simultanübersetzungen ins Deutsche und ins Französische angeboten. Die Sprachverteilung war wie folgt: 71 % deutschsprachige und 29 % französischsprachige Teilnehmende. Rund die Hälfte der Teilnehmenden repräsentierten verschiedene Verwaltungsebenen und etwa 40 Personen vertraten Betroffenenorganisationen wie ATD Vierte Welt, Planet 13 oder Workfair 50+, darunter rund 30 Personen, die selber von Armut betroffen sind.



90 % der Umfrageteilnehmenden hatten einen guten bis sehr guten allgemeinen Eindruck der Konferenz. Knapp 40 % der Befragten beurteilten die Wahl der behandelten Themen als sehr gut. In den Kommentaren gaben allerdings einige Befragte an, dass das Thema Schule hätte aufgegriffen werden sollen, da diese Problematik in den Überlegungen zur Bekämpfung von Armut oft fehle. Einige Umfrageteilnehmende sind der Ansicht, dass die Arbeiten des Programms noch vertieft und weiter verbreitet werden müssen, so dass die Entscheidungsebenen erreicht werden können. Rund 70 % der Teilnehmenden gaben an, dass sie an der Konferenz ihr berufliches Netzwerk ausbauen konnten.

